



«Der Rückschlag kam, als bei uns der Solarrappen abgelehnt wurde»

► FORTSETZUNG VON SEITE 11

Moritz Leuenberger

Das autoritäre China setzt mittlerweile harte Umweltauflagen ohne Rücksicht auf Verluste durch.

Gut, aber ich spreche aus der Erfahrung eines Schweizer Bundesrates in einer direkten Demokratie, der erlebt, dass ihm der Nationalrat eine CO₂-Abgabe auf Benzin aus einer Vorlage herausstreicht – was notabene mir als Niederlage angerechnet wird. Die wirtschaftlichen Interessen sind so gross, dass wir nicht so schnell vom Öl loskommen werden.

Sind wir zum Öl verdammt?

Nicht im heutigen Ausmass, und es gibt berechnete Hoffnungen. Auch bei uns tut sich sehr viel. Ich war gerade letzte Woche in Belgien an einem Treffen der europäischen Umweltminister. Obwohl die meisten von ihnen bürgerlich sind, wollen alle weg vom Öl. Wer sich intensiv mit der Materie befasst hat, kann zu gar keinem anderen Schluss kommen. Und alle Umweltminister klagen: Wir scheitern an den Finanz- und den Wirtschaftsministern.

Wie gross wird die Wirkung sein, wenn die USA Ernst machen mit der Förderung der erneuerbaren Energie?

Sehr gross. Wenn die Amerikaner im grossen Stil in Forschung und Entwicklung von Alternativen investieren, dann hat das weltweit grosse Veränderungen zur Folge. Hierzulande klammern sich reaktionäre Kreise – man kann sie nicht anders nennen – an den Status quo. Erst wenn sie sehen, dass sie nicht mehr konkurrenzfähig sind, werden sich ihre Augen öffnen.

Die Schweiz war früher Pionierin im Bereich erneuerbarer Energien. Heute sind wir im Hintertreffen.

Wir waren im Vormarsch bis Anfang Neunzigerjahre. Der Rückschlag kam, als bei uns der Solarrappen abgelehnt wurde. Mit ihm hätten wir die notwendigen Investitionsmittel gehabt. Damals hatten wir die Vorlage durch das Parlament gebracht, doch dann hat Economiesuisse gedreht. Diesel-

«Zu einer Lösung der Tiefenlagerung haben alle beizutragen, auch die Gegner der Kernkraft»

ben Vertreter, die im Ständerat noch dafür gestimmt hatten, traten nachher dagegen an. Das war ein entscheidender Rückschlag. Doch mit der KEV, der kostendeckenden Einspeisevergütung, kommt nun wieder etwas ins Laufen.

Aber auch mit der KEV, die Mittel für Erneuerbare freimacht, fehlt das Geld, um genügend Projekte beispielsweise im Solarbereich finanzieren zu können.

Wir gehen davon aus, dass sich die Solarenergie verbilligt. Dann können auch mehr Projekte finanziert werden.

Ein grosses Thema ist derzeit das intelligente Stromnetz, das Smartgrid. Damit liesse sich Strom sparen, Blackouts verhindern und erneuerbare Energien von weit weg zu den Konsumenten führen. Wie erhalten wir so schnell wie möglich ein solches Netz?

Am Umweltministertreffen vom Montag war allen klar, dass wir das brauchen, und am Dienstag war ich mit EU-Kommissar Ötting-

er einig, dass wir so schnell wie möglich Eckwerte für ein Energieabkommen erarbeiten wollen. Dort wird die Frage der Netze enthalten sein. In der Schweiz ist eine Arbeitsgruppe an der Arbeit.

Wer bezahlt das?

Das wird Sache von Swissgrid, der Schweizer Netzgesellschaft, sein. Sie muss Transittarife bekommen, die ihr den Bau und Unterhalt solcher neuen Leitungen ermöglichen. Es ist dabei wichtig, dass dieses Geld tatsächlich auch für die Instandhaltung der Netze verwendet wird. Der Vorwurf der EU in der Vergangenheit war, wir hätten wie Raubritter satte Transitpreise verlangt, die Netze aber nicht à jour gehalten.

Und wo sollen diese Leitungen verlegt werden? Entlang der Autobahnen oder wie früher auf Masten quer durchs Land?

Rein vom Transport her sind die Masten das Beste – unter der Erde verlegt ist es sehr viel teurer. **Apropos Tarife. Das Bundesverwaltungsgericht hat eben entschieden, dass die Energiekonzerne die Kosten für sogenannte Systemdienstleistungen auf die Kunden überwälzen dürfen. Damit würde der Strom teurer.**

Wir haben den Entscheid zur Kenntnis genommen und analysieren ihn. Entweder ergreifen wir ein Rechtsmittel oder ändern das Stromversorgungsgesetz.

Rücktritt nach 15 Jahren im Bundesrat

Moritz Leuenberger, 63, gehört seit 1995 dem Bundesrat an. Vorher machte der SP-Mann als Nationalrat von sich reden. Er präsidierte 1989/90 die «PUK 1», die den ersten Fichenskandal aufdeckte. Danach war er vier Jahre Justizdirektor des Kantons Zürich. Mit der Annahme der LSVA und der Finöv konnte der Umweltminister 1998 einen wichtigen Erfolg in Richtung Verkehrsumlagerung auf die Schiene verbuchen. Leuenberger wohnt in Zürich. Er ist mit der Architektin Gret Loewenberg verheiratet und hat zwei erwachsene Söhne. Vor einer Woche gab Leuenberger seinen Rücktritt bekannt. Über seine Motive wollte er sich im Interview nicht äussern.

Der deutsche Umweltminister will keine neuen Atomkraftwerke. Es reiche, die Laufzeit der alten zu verlängern, sozusagen als Brücke zu den Erneuerbaren. Kein Thema für die Schweiz?

Bei uns ist das Kriterium für die Laufzeit einzig die Sicherheit. **Und nachher? Könnten wir dann nicht auch auf Erneuerbare setzen statt auf neue AKW?**

Es gibt einen klaren Bundesratsentscheid, der neue KKW befürwortet. Aber der wahre Entscheid fällt später: Ob neue KKW nötig sind, wird das Volk entscheiden. **Die Energiekonzerne wollen die Frage neuer AKW und das Thema der radioaktiven Abfälle trennen. Ist dies richtig?**

Ja. Die Verknüpfung dieser zwei Themen gibt Anlass zu allerlei taktischen Verrenkungen. Ich habe mir das auch hin und her überlegt, bin aber heute der Meinung, dass ein getrenntes Vorgehen am saubersten ist. Zu einer Lösung der Tiefenlagerung haben alle beizutragen, auch die Gegner der Kernkraft. Denn auch sie profitieren von den real existierenden KKW und haben eine Verantwortung für kommende Generationen.

Also sollen diese zwei Themen nicht verknüpft werden?

Wir wollten ursprünglich die Kapazität des Tiefenlagers nur den bestehenden KKW anpassen. Im Bundesrat sagte man sich dann

aber, es wird ohnehin für beide Fragen eine Volksabstimmung geben, für das Tiefenlager und für ein allfälliges neues KKW. Und zudem kommen Abfälle aus anderen Ländern nicht infrage. Deswegen ist eine Verknüpfung unnötig.

Sie sind nun seit vielen Jahren Umweltminister ...

... viel zu lang...

... und bereits wird diskutiert, wer Ihr Umweltdepartement übernehmen wird. Ist Ihr Lebenswerk in Gefahr?

«Die Schweiz erreicht immerhin die Kyoto-Ziele. Viele europäische Staaten tun dies nicht»

Ich werde mit Aufmerksamkeit verfolgt, wer mein Departement erben wird. Es muss nicht zwingend ein Sozialdemokrat sein. Für Umwelthanliegen und Nachhaltigkeit kann man sich auch als Bürgerlicher einsetzen – das sehe ich ja in der EU. Die Auseinandersetzung mit der Materie wirkt aufklärend. Aber es gibt Leute, die kennen nur Verachtung für Biodiversität oder Klimaschutz – sie verziehen das Gesicht, wenn sie nur schon das Wort Umweltpolitik hören. Einen solchen Vorsteher hätte das Uvek nicht verdient.

Die Economiesuisse hat bereits angekündigt, dass die Verlagerung von der Strasse auf die Schiene gestoppt werden müsse. Eine Gefahr?

Das kann ich mir nicht vorstellen. Sie müssen sehen: Bei Economiesuisse sind zum Teil Sekretäre am Werk, die von der politischen Realität weit entfernt sind und von denen sich verantwortungsvolle Wirtschaftsunternehmen

distanzieren. Zudem: Der Wille des Volkes, einen sehr guten öffentlichen Verkehr zu wollen und eine Verlagerungspolitik zu betreiben, ist eindeutig.

Sie sind also optimistisch, dass die grossen Wirtschaftsunternehmen mitziehen?

Die grossen Konzerne denken weiter. Sie wissen, dass die Staatengemeinschaft den CO₂-Ausstoss bekämpfen wird und haben in weiser Voraussicht schon längst reagiert. Economiesuisse aber orientiert sich oft an den Letzten.

Wo waren Sie in der Umweltpolitik besonders erfolgreich?

Es ist mir zugute gekommen, dass in meiner Amtszeit das Bundesamt für Umwelt in mein Departement gekommen ist. Damit konnte ich die Umweltpolitik und die Infrastrukturpolitik, also die Verkehrspolitik, nachhaltig verknüpfen. Die Schweiz erreicht immerhin die Kyoto-Ziele. Viele europäische Staaten tun dies nicht. Und das CO₂-Gesetz, welches der Bundesrat verabschiedet hat, will eine CO₂-Abgabe mit Teilzweckbindung. Vor drei Jahren war das undenkbar.

Wen mussten Sie überzeugen?

Das Seco und die Mehrheit der Bundesratsmitglieder stellten zunächst andere Berechnungen an. Mit Überzeugungsarbeit ist es gelungen, zu einem anderen Resultat zu kommen. Zwar hat der Nationalrat die CO₂-Steuer auf Benzin wieder rausgestrichen. Das ist ein Rückschlag. Doch ich bin überzeugt, der Ständerat wird dies wieder aufnehmen. Das schaffen wir.

Sehen Sie auch eigene Schwächen?

Sicher. Aber ich bin offensichtlich nicht der Einzige. In den Medien werden im Moment derart viele Schwächen von mir entdeckt, dass ich das ohnehin schon randvolle Fass lieber nicht selber zum Überlaufen bringen will.